

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Rentenpolitik-Watch
c/o DGB Region Kern
Legienstr. 22
24103 Kiel

Parlamentarischer Geschäftsführer
Max Straubinger MdB

Büro: Jakob-Kaiser-Haus JKH 3.310
Telefon: 030 / 227 702 12
Telefax: 030 / 227 763 16
E-Mail: max.straubinger@cducsu.de
Internet: www.csu-landesgruppe.de

20.06.2016

Rentenpolitik

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrte Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom April dieses Jahres zum Thema Rente. In meiner Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag antworte ich Ihnen gerne auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Landesgruppe, die Sie ebenfalls angeschrieben haben.

In den letzten Wochen wird wieder verstärkt über die Zukunft der Renten in Deutschland diskutiert. Wir schulden sowohl den heutigen Rentnern als auch den Beitrags- und Steuerzahlern eine sachliche Debatte über Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten, sollten einen parteipolitischen Überbietungswettbewerb aber unbedingt vermeiden.

Dank der vorausschauenden Politik der Union und der richtigen Weichenstellungen, die wir in den vergangenen Jahren getroffen haben, steht die gesetzliche Rente heute gut da: Die Renten steigen in diesem Jahr so stark wie seit über 20 Jahren nicht mehr, gleichzeitig sind die Rentenbeiträge seit 2015 auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Einführung der Grundsicherung im Alter und der besseren Verteilung der Risiken auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rente und kapitalgedeckte private Vorsorgeelemente haben wir in der Vergangenheit bereits viel zur Absicherung der künftigen Rentner getan. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat in dieser Legislaturperiode darüber hinaus die Verbesserung der Mütterrente und der Erwerbsminderungsrente sowie die Erhöhung des Reha-Budgets durchgesetzt.

Wir werden die weitere Entwicklung und sich abzeichnenden Probleme - wie zum Beispiel die mangelnde private Vorsorge vor allem bei Geringverdienern oder niedrige Renditen bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge - genau im Blick behalten und analysieren. Dabei gilt für uns: Wir stehen zu den Reformmaßnahmen der Vergangenheit, auch als Gebot der Generationengerechtigkeit. Mit uns wird es keine Generalrevision der Rentenpolitik der vergangenen 25 Jahre geben.

In diesem Sinne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei verlässlichen Säulen: Der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sowie der kapitalgedeckten betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Die tragende Säule wird dabei auch in Zukunft die gesetzliche Rente bleiben. Unser Ziel ist es, auch langfristig ein Gesamtversorgungsniveau für die Menschen sicherzustellen, das annähernd dem heutigen Niveau entspricht.

Zu Frage 2: Die beste Rentenpolitik ist eine gute Arbeitsmarktpolitik. Die Rente ist letztlich das Spiegelbild des Erwerbslebens. Wir setzen deshalb weiter auf höhere Beschäftigung und niedrigere Arbeitslosigkeit. Daneben wollen wir typische Altersarmutsrisiken an der Wurzel packen. So wollen wir z.B. eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige einführen, die heute nicht Mitglied eines öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems und damit nicht im Alter abgesichert sind.

Zu Frage 3: Die demografische Entwicklung lässt sich nicht wegreformieren, sondern nur gerecht auf die Generationen verteilen. Deshalb wäre eine Erwerbstätigenversicherung keine Lösung, sondern würde wegen der damit zusammenhängenden Übergangsprobleme neue Fragestellungen aufwerfen. Allerdings sprechen wir uns aus Gründen der Gerechtigkeit dafür aus, Reformmaßnahmen jeweils wirkungsgleich auf die unterschiedlichen Alterssicherungssysteme in Deutschland zu übertragen.

Zu Frage 4: Der Bundeshaushalt sieht als Leistung des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung aktuell einen Betrag in Höhe von rund 90 Mrd. Euro vor. Das entspricht rund einem Drittel der Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (aktuell rund 266 Mrd. Euro). Angesichts dieses Anteils an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung ist davon auszugehen, dass die nicht beitragsgedeckten Leistungen in der Rentenversicherung inzwischen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. An der staatlichen Riester-Förderung halten wir fest.

Zu Frage 5: Rentenpolitik lebt von Verlässlichkeit und Kontinuität. Statt ständig in die Vergangenheit zu blicken und getroffene politische Entscheidungen immer wieder grundsätzlich in Frage zu stellen, schauen wir nach vorne und wollen unser bewährtes Alterssicherungssystem behutsam dort nachjustieren, wo Anpassungsbedarf besteht.

Mit freundlichen Grüßen



Max Straubinger MdB